

BT-STAMMTISCH (1/4)

Selbst bestimmen, was man abstimmt

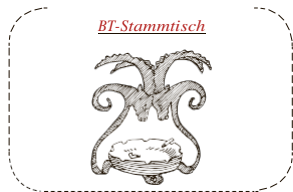
Die Argumente für oder gegen die Selbstbestimmungsinitiative auf den Tisch gelegt:

In der Einstiegsrunde zum BT-Stammtisch wurden die Positionen für ein hochkarätiges Streitgespräch bezogen.

• NORBERT WASER (TEXT)
OLIVIA ITEM (FOTOS)

J

Je vier Exponenten haben am BT-Stammtisch ihre Argumente pro und kontra Selbstbestimmungsinitiative dargelegt. In der Einstiegsrunde konnten alle ihre Meinung unwidersprochen äussern. Aus Sicht des Churer SVP-Gemeinderats Mario Cortesi wolle die Initiative



gar nichts Neues, sondern beende eine unsägliche Praxis, die Bundesrat, Parlament und Richter seit 2012 anwenden würden, indem sie fremdes Recht über unser Recht stellten. Mit diesem Verhalten würden die Volksentscheide ausgehebelt. Die Initiative biete die Gelegenheit, diesen Zustand zu beenden, damit der Verfassungsbruch nicht zur Normalität werde.

Steht Völkerrecht über Verfassung?

Die Menschenrechte sind SP-Grossrätin Julia Müller sehr wichtig. Da bestehe bei einer Annahme der Initiative die Gefahr einer Rechtsunsicherheit. Jeder Schweizer, jede Schweizerin solle das Recht haben, auch gegen Fehler des Bundesgerichts klagen zu können. Sie setze sich für einen extrem ausgebauten Menschenrechtsschutz ein und lehne deshalb die Initiative klar ab.

Das Schweizervolk dürfe zu Recht stolz auf den hohen Standard in Sachen Arbeitsgesetz und beim Tier- und Umweltschutz sein, bedern SVP-Grossrätin Valérie Favre Accola. Eine Schwächung dieser Bereiche würde das Volk niemals gutheissen, genau dies wäre aber die Folge, wenn das Völkerrecht über die Verfassung gestellt würde. Aus diesem Grund sei es auch plausibel,

dass Economiesuisse diese Initiative bekämpfe, denn eine Schwächung dieser Bereiche wäre für den Wirtschaftsdachverband willkommen, hätte aber einschneidende Folgen für die Arbeitnehmer, Tier- und Umweltschützer.

Rechtsunsicherheit befürchtet

BDP-Nationalrat und Landwirt Duri Campell macht sich Sorgen um die Auswirkungen einer Annahme der Initiative auf über 5000 abgeschlossene Verträge. Schon am Tage der Annahme der Initiative würden die Diskussionen losgehen, welche Verträge nun noch gültig seien und welche nicht. Diese Rechtsunsicherheit wäre Gift für die Wirtschaft, weil sie nicht mehr wüsste, wo sie steht. Campell möchte nicht zurückschauen, sondern die Energie in die Zukunft investieren.

Roger Kölbener, Präsident der FDP International mit Bündner Wurzeln, wirft den Initianten vor, kein einziges Problem zu lösen, sondern diese bloss zu bewirtschaften. Durch die bei einer Annahme entstehende Rechtsunsicherheit würden aber viele neue Probleme entstehen. Die Verhandlungsposition

«Mir ist ein extrem ausgebauter Schutz der Menschenrechte sehr wichtig»

JULIA MÜLLER

der Schweiz auf der internationalen Bühne würde damit geschwächt, gefährde den Ruf der Schweiz und erschwere den Marktzugang. Zudem sei die Initiative undemokratisch, weil sie einen Kündigungsautomatismus schaffe.

Gegensteuer zur Regulierungsflut

Sowohl als Unternehmerin als auch als Nationalrätin spricht sich Magdalena Martullo-Blocher klar für die Selbstbestimmungsinitiative aus. Sie sei als Unternehmerin in 24 Ländern tätig und kenne viele dieser Länder sowohl wirtschaftlich als auch politisch und sehe vor allem auch die Unterschiede zur Schweiz. Wir hätten das höchste Bruttoinlandsprodukt der Welt, tiefe Steuern und Abgaben und doppelt so hohe

Löhne wie die Länder rund um uns herum. Diesen Wohlstand hätten wir uns vor allem dank der direkten Demokratie erschaffen können. Einfache Lösungen, föderalistisch, mit Entscheidungskompetenzen auch in den Kantonen und Gemeinden. Das Volk wolle die Staatsquote tief halten und könne über jede Steuererhöhung entscheiden, das sei das Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Sie wisse aus eigener Erfahrung in Bern, was es

«Den Gegnern geht es doch nur darum, Volksrechte auszuhebeln.»

CHRISTOFFEL BRÄNDLI

bedeute, internationales Recht zu übernehmen. Wir hätten bereits 70 000 Seiten Regulierungen, die Hälfte davon allein aufgrund internationaler Verträge. Tag für Tag würden von EU, UNO, OECD oder WTO Tausende neuer Seiten publiziert, welche die Schweiz übernehmen. Diese Regulierungsflut werde den Standort Schweiz schwächen, sodass man sich die hohen Löhne nicht mehr leisten könne.

Anti-Menschenrecht-Initiative

An einem schwierigen Punkt sieht Philipp Wilhelm, Präsident der SP Graubünden, die Weltpolitik, weil immer mehr Probleme global angegangen werden müssten. Der Klimawandel sei eines davon. Gleichzeitig bringe das weltpolitische Klima immer mehr Machthaber hervor, die das Recht des Stärkeren – me first – propagieren würden. Trump, Putin, Erdogan gehörten dazu, und soeben habe Brasilien Bolsonaro gewählt. Diese Machthaber verbinde, dass sie sich nicht mehr um internationale Abmachungen scherten und sich um die Lösung gemeinsam formulierter Ziele fühlten. Menschenrechte würden weltweit immer mehr mit Füßen getreten. Ein starkes Bekenntnis zum Menschenrechtsschutz wäre darum wichtig. Die Selbstbestimmungsinitiative mache aber das Gegenteil. Der SP-Grossrat spricht von einer Anti-Menschenrecht-Initiative, da sie die europäische Kon-

vention für Menschenrechte im Fokus habe. In der heiklen aktuellen weltpolitischen Lage dürfe man sich nicht auf die Seite autoritärer Machthaber stellen.

Alle nennen sich demokratisch

Erstaunt über den zum Teil aggressiv geführten Abstimmungskampf zeigt sich alt Ständerat Christoffel Brändli. Er sei ursprünglich davon ausgegangen, dass diese Initiative unbestritten sei. Umso erstaunter sei er nun, wer sich alles dagegen stelle und davon spreche, dass Volksentscheide zu Rechtsunsicherheit führten. SP, BDP, FDP, CVP, alle trügen doch die Bezeichnung «demokratisch» im Namen – ausser die SVP. Die Frage sei doch, ob man Volksentscheide respektiere oder nicht. Wenn beispielsweise die SP in die EU wolle, so sei es für ihn verständlich, dass dieser strategischen Ausrichtung das Initiativrecht und Volksentscheide im Wege stünden. Die Menschenrechte, die nun als Argument gegen die Initiative vorgeschoben würden, seien doch völlig unbestritten. Es gehe den Gegnern vor allem darum, die Volksrechte auszuhebeln. Man könne sich doch nicht demokratisch schimpfen, Volksentscheide aber als Risiko bezeichnen. Die Frage sei, ob das Stimmvolk am Schluss den Entscheid treffe.

Die Stammtischteilnehmenden

Am BT-Stammtisch im Restaurant «Hofkellerei» zur Abstimmung über die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)», über die am 25. November 2018 national abgestimmt wird, haben teilgenommen: Christoffel Brändli, alt Ständerat SVP, Mario Cortesi, Gemeinderat und Präsident SVP Chur, Valérie Favre Accola, Kleine Landrätin Davos und Grossrätin SVP, Magdalena Martullo-Blocher, Unternehmerin und Nationalrätin SVP, als Befürworter der Initiative. Die Nein-Parole vertraten: Duri Campell, Nationalrat BDP, Roger Kölbener, Präsident FDP International, Julia Müller, Grossrätin SP, Philipp Wilhelm, Grossrat und Parteipräsident SP GR. (NW)



Selbstbestimmungsinitiative: BT-Stammtisch im historischen Ambiente der altgotischen Trinkstube in der «Hofkellerei» aus dem Jahr 1522.

«Am Tag der Annahme der Initiative würde die grosse Diskussion beginnen, welche Verträge nun noch gelten und welche nicht.» DURI CAMPELL

«Die Menschenrechte sind doch völlig unbestritten, auch bei der SVP.» CHRISTOFFEL BRÄNDLI

«Die Initiative schwächt die Verhandlungsposition der Schweiz auf der internationalen Bühne.» ROGER KÖLBENER

«Unseren Wohlstand haben wir vor allem der direkten Demokratie zu verdanken.» MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER

«Man bezeichnet sich demokratisch, schimpft aber Volksentscheide als Risiko.» CHRISTOFFEL BRÄNDLI



«Die Initiative ist auch ein Frontalangriff auf die Menschenrechte»: Philipp Wilhelm.

«Die Initiative ist undemokratisch, weil sie einen Kündigungsautomatismus schafft.» ROGER KÖLBENER

«Statt Tausende Verträge infrage zu stellen, möchte ich die Energie lieber in die Zukunft investieren.» DURI CAMPELL

«Wir dürfen uns nicht an die Seite von Trump, Erdogan und Putin stellen, deshalb braucht es ein klares Nein.» PHILIPP WILHELM

«Wenn Völkerrecht über die Verfassung gestellt wird, schwächt das Arbeitsgesetz, Tier- und Umweltschutz.» VALÉRIE FAVRE ACCOLA

WORTWÖRTLICH

«Die Initiative will nichts Neues, beendet aber eine unsägliche Praxis.» MARIO CORTESI

«Der Schweizer Bevölkerung sind die Menschenrechte wichtig, da dürfen wir nicht auf eine Rechtsunsicherheit zusteuern.» JULIA MÜLLER

«Das Schweizervolk wird eine Schwächung des Arbeitsgesetzes und des Tier- und Umweltschutzes niemals gutheissen.» VALÉRIE FAVRE ACCOLA

«Eine Annahme der Initiative schafft Rechtsunsicherheit, und das ist für die Wirtschaft Gift.» DURI CAMPELL

«Die Initiative löst kein einziges Problem, sie bewirtschaftet diese nur.» ROGER KÖLBENER

«Kein einziges Land sonst stellt internationales Recht vor das eigene.» MAGDALENA MARTULLO-BLOCHER

«Weltpolitisch herrscht zunehmend das Recht des Stärkeren, wenn aber Regeln fehlen, schadet das gerade kleinen Ländern.» PHILIPP WILHELM

«Ich ging davon aus, dass diese Initiative eine völlig unbestrittene Sache ist, und bin erstaunt, was da nun alles hineininterpretiert wird.» CHRISTOFFEL BRÄNDLI

«Bundesrat, Parlament und Richter hebeln mit ihrem Verhalten die Volksentscheide aus.» MARIO CORTESI



«Diese Regulierungsflut schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz»: Magdalena Martullo-Blocher.

Stammtisch in der Trinkstube von 1522

Die Initianten der Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» sehen die Volksrechte und damit die Selbstbestimmung des Landes bedroht. Der BT-Stammtisch dazu in historischen Räumlichkeiten.

› NORBERT WASER

Am 25. November stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Bundesverfassung ab. Diese möchte in der Bundesverfassung verankern, dass diese die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft und Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist. Bund und Kantone sollen die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts beachten, die Bundesverfassung gemäss der Forderung der Initianten aber über dem Völkerrecht stehen. Bund und Kantone sollen auch keine völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehen können, die der Schweiz widersprechen. Diese möchte in der Bundesverfassung verankern, dass diese die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft und Grundlage und Schranke staatlichen Handelns ist. Bund und Kantone sollen die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts beachten, die Bundesverfassung gemäss der Forderung der Initianten aber über dem Völkerrecht stehen. Bund und Kantone sollen auch keine völkerrechtlichen Verpflichtungen eingehen können, die der Schweiz widersprechen.

Volksrechte auf dem Prüfstand

In der Schweiz hat das Stimmvolk im Rahmen von Volksabstimmungen bei allen wichtigen politischen Entscheidungen das letzte Wort. Die Initianten sehen die direkte Demokratie in Gefahr, indem internationale Gremien und Behörden den Geltungsbereich von Verträgen laufend ausweiten. Sie möchten, dass Volksentscheide respektiert und umgesetzt werden.

Am BT-Stammtisch in der «Hofkellerei» in Chur haben je vier Befürworter und Gegner der Selbstbestimmungsinitiative engagiert über die Auswirkungen einer Annahme diskutiert. Der Inhalt des Streitgesprächs erscheint in einer vierteiligen Serie.



BT-Stammtisch zur Selbstbestimmungsinitiative in der «Hofkellerei»: Christoffel Brändli, Magdalena Martullo-Blocher, Philipp Wilhelm, Valérie Favre Accola, Roger Kölbener, Duri Campell, Julia Müller und Mario Cortesi (v.l.). (FOTO OLIVIA ITEM)